

Bericht über die Mission der Konferenz der Europäischen Justitia et Pax Kommissionen nach Kolumbien vom 4.-17. Mai 2000

Eine siebenköpfige Delegation der Konferenz der Europäischen Justitia et Pax-Kommissionen, bestehend aus Vertretern aus Frankreich, Holland, Österreich, Spanien und Belgien befand sich vom 4. - 17. Mai auf Einladung der kolumbianischen Justitia et Pax-Kommission in Bogotá, Urabà und Trujillo.

Primäres Ziel der Reise war ein näheres Kennenlernen der Situation der Opfer von gewaltsamen Vertreibungen, der Kontakt mit Regierungsvertretern und Nichtregierungs-Organisationen in Kolumbien sowie eine Unterstützung für die Arbeit der kolumbianischen Justitia et Pax-Kommission. Im Zuge dessen traf sich unsere Delegation mit der "Comunidad de Paz de San José de Apartadó" und mit den "Comunidades en Retorno al Cacarica, Autodeterminación, Vida y Dignidad". Weiters besuchten wir die Vertriebenen, die sich noch in der Hafenstadt Turbo befinden sowie die Flüchtlinge in Bogotá. Außerdem trafen wir Familienangehörige der Opfer der Massaker von Trujillo.

Die "Comunidades del Cacarica y de San José de Apartadó" werden von der kolumbianischen Kommission Justitia et Pax aktiv begleitet und unterstützt. Drei Jahre nach ihrer gewaltsamen Vertreibung unter bis heute nicht offiziell untersuchten Umständen sind die Mitglieder der Gemeinschaften entschlossen, selbständig in ihre Gebiete zurückzukehren. In einem Umfeld von Bürgerkrieg und äußerster Gewalt beeindruckten uns der Wille und der Grad der Organisation sowie das Bewußtsein ein Klima des gemeinschaftlichen Zusammenlebens und der Verteidigung der Neutralität gegenüber allen bewaffneten Gruppen (Paramilitärs, Guerilla, Staat) schaffen zu wollen.

Wie in so vielen anderen Konflikten ist es auch hier primär die Zivilbevölkerung, die am meisten unter den Greueln des Krieges leidet. Es sind diese kleine Gemeinschaften, die Woche für Woche die Ermordung von Familienmitgliedern miterleben müssen.

Wie konnten miterleben wie die "Comunidades del Cacarica" nur zwei Monate nach dem Beginn der ersten Phase ihrer Rückkehr aus eigener Kraft neue Hoffnung schöpften. Es wurden die ersten Felder bestellt sowie Regeln für eine nachhaltige Holzwirtschaft aufgestellt. Trotz des Erhalts eines Teiles der mit der Regierung vereinbarten materiellen Unterstützung mußten wir mit Besorgnis die Nichteinhaltung der Verträge vor allem was die Sicherheitsgarantien betrifft, beobachten.

Die "Comunidades del Cacarica" kehrten in ihre Gebiete im nördlichen Regenwald zurück ohne über einen gesicherten und freien Zugang über die Seitenarme des Rio Atrato zu verfügen, was sowohl die wirtschaftliche Abschneidung als auch eine große Verwundbarkeit in Falle eines bewaffneten Angriffes bedeutet. Die Erfüllung des Versprechens der Einrichtung einer „Casa de Justicia“ mit einer Präsenz von Vertretern der Generalstaatsanwaltschaft, der Procuraduria und der Volksanwaltschaft ist ebenso ausständig wie andere Zusagen seitens der Regierung. So ist etwa von den ursprünglich 41 Lehrern in dem Gebiet bis jetzt noch keiner zurückgekehrt, um die dringend notwendige Ausbildung zu gewährleisten.

Das von uns besuchte Projekt umfasst 2500 Personen und stellt somit nur einen kleinen Teil jener 2 Millionen Vertriebenen dar, die aufgrund des Krieges vergeblich versuchen, in ihre Häuser zurückzukehren.

Im Anschluß an die Erfahrungen vor Ort, absolvierten wir Treffen mit Repräsentanten des Staates: der Generalstaatsanwaltschaft, dem „Red de Solidaridad“, der „Procuraduria“, dem Direktor des Hochkommissariats für Menschenrechte der Vereinten Nationen sowie dem Vizepräsidenten, um die Anliegen der Vertriebenen vorzubringen.

Mit Besorgnis hörten wir von der Machtlosigkeit der Generalstaatsanwaltschaft ihr Mandat auszuüben. Die Unsicherheit und Drohungen gegen ihre Funktionäre erschweren die Ausübung ihrer Funktion beträchtlich. Im "Red de Solidaridad" wurden unsere Vorbringen geschätzt, die Unzulänglichkeiten jedoch mit der Verantwortung anderer administrativer Instanzen erklärt. Enttäuschend war schließlich das Treffen mit führenden Vertretern der „Procuraduria“.

Schlussfolgerungen und Forderungen an die Politik Kolumbiens und der Europäischen Union

Wir begrüßen die mutige und konstante Arbeit sowie die Begleitung der Vertriebenen durch das Team der kolumbianischen Iustitia et Pax-Kommission. Ihre Mitglieder arbeiten unter großem Druck und Risiko für ihre persönliche Sicherheit.

Uns ist bewußt, dass unserer Erfahrungen in diesen Tagen in Kolumbien sehr beschränkt waren. Trotzdem sehen wir sie als beispielhaft für das Problem der gewaltsamen Vertreibungen in großen Gebieten des Landes. Der letzte Bericht des Hochkommissariats für Menschenrechte der Vereinten Nationen spricht in diesem Zusammenhang eine klare Sprache: „Die gewaltsamen Vertreibungen der Zivilbevölkerung, begangen durch die bewaffneten Akteure des Konfliktes haben im letzten Jahr zugenommen und sich in eine der führenden Kriegsstrategien sowohl von Seiten der Paramilitärs als auch von Seiten der Guerrilla verwandelt.“

Im Bewusstsein der weiteren gravierenden Probleme des Landes wie der sozialen Ungerechtigkeit und der ungleichen Verteilung der Reichtümer des Landes wollen wir uns im Folgenden in erster Linie auf die menschenrechtliche Situation konzentrieren.

Die Erfahrungen in diesen Tagen in Kolumbien und die vielfältigen Berichte der Opfer der Verletzungen der Menschenrechte zwingen uns primär, alle Akteure in dem Konflikt zur Einhaltung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechtes aufzufordern.

Trotz des Verständnisses für die Einschränkungen und den Druck auf die Justiz in einer Kriegssituation bestehen wir auf Zeichen des kolumbianischen Staates, seinen oft geäußerten Willen, der Sanktionslosigkeit, die das Land beherrscht, ein Ende zu bereiten, umzusetzen. Während eines Besuches in Trujillo konnten wir vor Ort erleben, wie die Sanktionslosigkeit der Verbrechen einen tiefen Schmerz bei den Angehörigen der Opfer hinterlassen hat und jegliche Glaubwürdigkeit in einen Staat, der nicht seine Pflicht zur Rechtsprechung ausübt, genommen hat.

In Kontakten mit Repräsentanten verschiedener Teile der katholischen Kirche, konnten wir die wichtige Arbeit der Kirche für den Frieden im Land und deren Überzeugung, dass es keinen Frieden ohne Gerechtigkeit geben kann, beobachten. Wir möchten die kolumbianische Kirche ermuntern, nicht nur die Opfer der Gewalt zu begleiten, sondern verstärkt gegen die Sanktionslosigkeit und die Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung zu kämpfen.

Wir ersuchen den kolumbianischen Staat im Zusammenhang mit den Friedensverhandlungen um Erfüllung der in der 56. Sitzungsperiode des Hochkommissariates für Menschenrechte der Vereinten Nationen angenommenen

Deklaration, und um Annahme eines allgemeinen Vertrages mit allen bewaffneten Konfliktparteien über die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht.

Die Respektierung der Menschenrechte ist die fundamentale Basis für einen Rechtsstaat. Ein Staat, der die Menschenrechte nicht respektiert, existiert nicht. Wir definieren die Menschenrechte gemäß der Internationalen Konferenz von Wien von 1993, als unteilbar, unverzichtbar und universell.

Die Kontrolle und Respektierung dieses Grundsatzes und der Kampf gegen diejenigen, die ihn verletzen, sind Teil der fundamentalen Prinzipien eines Rechtsstaates.

In diesem Sinne ersuchen wir die kolumbianische Regierung, mit allen Mitteln gegen die bestehende Sanktionslosigkeit zu kämpfen, Menschenrechtsverletzungen zu kontrollieren und zu verhindern und das humanitäre Völkerrecht einzuhalten.

Unzählige Zeugenaussagen, bestätigt durch Berichte der UNO und der Interamerikanischen Menschenrechtskommission sowie internationaler NGOs berichten über Verbindungen zwischen Kräften des Staates und paramilitärische Truppen. In diesem Sinne fordern wir die kolumbianische Regierung zu einer Auflösung des Paramilitarismus auf.

Gleichfalls fordern wir die kolumbianische Regierung auf, den Schutz der Verteidiger der Menschenrechte zu sichern und insbesondere konkrete Maßnahmen zum Schutz deren physischer und moralischer Integrität zu ergreifen.

Im Zusammenhang mit den Friedensverhandlungen fordern wir eine hochrangige Teilnahme der Zivilgesellschaft (u.a. die Vertriebenen und die sie begleitenden Organisationen). Diese sollten nicht nur konsultiert, sondern in die resultierenden Vereinbarungen integriert werden. Betreffend die Vertriebenen fordern wir die Umsetzung der Verträge zwischen der Regierung und den vertriebenen "Comunidades".

Wir fordern die europäischen Regierungen und die europäischen Institutionen im Zusammenhang mit den Verträgen zwischen Kolumbien und der Europäischen Union, im besonderen hinsichtlich der kommenden Verhandlungen über den "Plan Colombia" auf, ihre Verantwortung für generelle Vereinbarungen über die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht wahrzunehmen. In diesem Zusammenhang erinnern wir an die Unterschrift von 53 Staaten unter die Deklaration der 56. Sitzungsperiode des Hochkommissariats für Menschenrechte der Vereinten Nationen.

In diesen Verhandlungen dürfen angesichts der komplexen Situation des Landes keine vereinfachten Lösungen (wie bloße humanitäre und militärische Hilfe) akzeptiert werden: Alle wirtschaftlichen und politischen Beziehungen müssen der Respektierung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts unterliegen.

Wir werden diese Anliegen auch am Verhandlungstisch über den "Plan Colombia" in Madrid am 2. Juli 2000 vorbringen. Außerdem werden wir dort die Anliegen der Vertriebenen von Kolumbien überbringen.

Mag. Norbert Wechtl, 24. Mai 2000
Konferenz der Europäischen Iustitia et Pax-Kommissionen

Source: Justice and Peace Europe, 24.05.2000

